

Kein Wolkenkuckucksheim

Das von der GEW entwickelte Steuerkonzept zeigt, wie man Mehrausgaben für Bildung finanzieren kann

Im Vorfeld der Bundestagswahlen haben Expert_innen der Gewerkschaften ein Steuerkonzept entworfen, das zu deutlich mehr Steuereinnahmen führt, das Bezahler_innen hoher Einkommen, Unternehmer_innen und Vermögende stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht und das Durchschnittsverdiener_innen stärker entlastet. Die GEW hat sich dieses Konzept zu eigen gemacht und widerlegt damit, dass es zum Kaputt-Sparen keine Alternative gibt.

Auch in Gesprächen mit Kolleg_innen wird immer wieder die Frage gestellt, wie man denn das Mehr an Ressourcen, die die GEW für die Bildung fordert, bezahlen sollte. Im häuslichen Rahmen könne man ja auch nur das Geld ausgeben, das vorher verdient wurde. Die vorigen Ge-

nerationen haben über ihre Verhältnisse gelebt und wir müssen jetzt eben sparen usw. Ähnliche Argumentationen sind uns allen bekannt. Um dafür und für Gespräche über die Finanzierung von Bildung gerüstet zu sein, hat die GEW Bund Hamburg am 17.9.13 eine Veranstaltung mit Gunter Quaißer, Ökonom und Bildungsforscher, durchgeführt, auf der er uns das Steuerkonzept der GEW erläutert hat. Einige grundlegende Erkenntnisse aus dieser Veranstaltung kann man in jeder Diskussion, in der es um Bildungsfinanzierung geht, gut gebrauchen.

Strukturelle Unterfinanzierung öffentlicher Bereiche

Dass Deutschland über seine Verhältnisse gelebt hat, ist schlichtweg falsch. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der gesamtstaatlichen Ausgaben im Zeitraum von 1998 bis 2008 ist nach Abzug der Inflationsrate sogar um 0,2% gesunken, d.h. -0,2% (nominal 1,4%). Der Durchschnitt der alten EU-Länder gab dreimal so viel aus. Kein Wunder, dass auch die Bildungsausgaben in Deutschland im internationalen Vergleich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegen, nämlich derzeit bei 5,3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Wenn Deutschland den

Anschluss an das europäische Spitzenniveau nicht verlieren will, müssen die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft auf sieben Prozent erhöht werden. Diese Erhöhung wurde bereits 2008 auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern beschlossen, bis 2015 sollten die Ausgaben sogar bis auf zehn Prozent vom BIP steigen.

Seit 2000 sind durch Steuerrechtsänderungen erhebliche Einnahmeausfälle entstanden, beginnend mit der rot-grünen Bundesregierung, die den Einkommensspitzensteuersatz drastisch gesenkt und den Unternehmenssektor entlastet hat, über die Große Koalition und die Schwarz-Gelbe, die die reichen Haushalte und den Unternehmenssektor weiter begünstigt haben. So sind seit 2000 Einnahmeausfälle von 400 Milliarden Euro entstanden, durch die die Staatsverschuldung und die damit verbundenen Zinszahlungen hätten vermindert werden können.

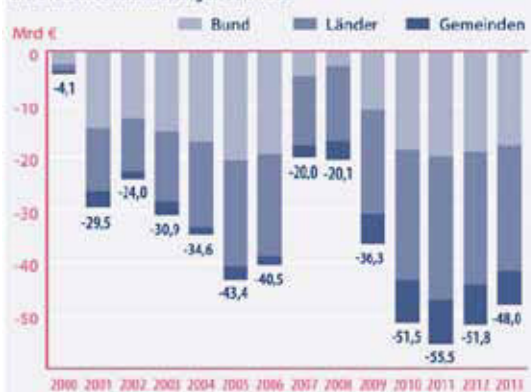
Eine Folge dieser Steuerpolitik ist nicht nur die geschwächte Einnahmesituation der öffentlichen Hand, auch die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen liegt darin begründet.

Die Einkommens- und Vermögensschere öffnet sich immer weiter

50 Prozent aller Personen über 16 Jahren in Deutschland verfügen über so gut wie kein Vermögen, während die reichsten 10 Prozent mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens besitzen. Ähnlich sieht es bei der Einkommensentwicklung aus. Seit 1999

Einnahmeausfälle durch Steuerrechtsänderungen

Einnahmeausfälle seit 2000 für Bund, Länder und Gemeinden durch die Steuerrechtsänderungen seit 1998



1998 bis 2005 Senkung von Einkommen- und Unternehmenssteuern
 Mehrwertsteuererhöhung
 Konjunkturpakete
 Wachstumsschleunigungsgesetz

Quelle: Berechnungen Eicker/Wolf/Tugler
 © INSTITUT FÜR ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK UNIVERSITÄT HAMBURG 2010

verringerte sich das Jahreseinkommen für das ärmste Zehntel der Bevölkerung um fast 10 Prozent. 50 Prozent der Bevölkerung verfügen seit 1999 über ein verringertes Jahreseinkommen. Weitere 40 Prozent der Bevölkerung haben innerhalb von 10 Jahren eine minimale Steigerung des Einkommens bis zu 3 Prozent zu verzeichnen. Das reichste Zehntel der Bevölkerung hat seit 1999 eine Steigerung um fast 17 Prozent ihrer Einkommen zu verzeichnen.

Konsequenz: Umsteuern

Das Steuerkonzept der GEW verfolgt drei Ziele:

- Keine Steuerausfälle, sondern Mehraufkommen erzielen, das für die dringend erforderlichen Ausgabensteigerungen der öffentlichen Aufgaben – wie z. B. Bildung – eingesetzt wird.
- Die Durchschnittsverdienerinnen und -verdiener sollen entlastet werden, damit der Abstand zwischen Arm und Reich sich verringert.
- Bezieherinnen und Bezieher von hohen Einkommen, Unternehmer und Vermögende sollen wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt werden.

Daraus entstand ein Steuerkonzept mit fünf Komponenten: Lohn- und Steuerreform, Unternehmenssteuerreform, Vermögensbesteuerung, effektiverer Steuervollzug und Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Im Einzelnen ist dieses Konzept auf der Internetseite der GEW (www.gew.de/Steuerkonzept_der_GEW_solidarisch_und_effektiv.html) zu finden. Auf drei Aspekte des Konzepts möchte ich eingehen, weil sie auch für Nicht-Expertinnen in Diskussionen zur Steuerpolitik zu gebrauchen sind.

Deutschland ist seit 1997 eine Vermögensoase

Seit 1997 wird in Deutschland keine Vermögenssteuer mehr er-

hoben. Grund dafür ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die damalige Regelung als nicht gerecht beurteilte. Die Vermögenssteuer kann sofort wieder eingeführt werden, wenn das Geldvermögen gegenüber dem Immobilienvermögen nicht diskriminiert wird. D.h., auch das Vermögen an Immobilien, auf Grundlage einer marktgerechten und aktuellen Bewertung, soll nach Vorstellung der GEW mit 1 Prozent besteuert werden. Dabei gibt es einen Steuerfreibetrag von 500 000 Euro pro Familie. Übrigens fällt das Eigenheim nicht unter das Immobilienvermögen. Diese Besteuerung würde jährlich Mehreinnahmen von ca. 20 Milliarden Euro ergeben.

Mehr Steuer- und Betriebsprüfer

In Deutschland werden Steuererzhäler_innen insofern unterschiedlich behandelt, als dass den Beschäftigten die Steuer gleich vom Bruttolohn abgezogen wird, während bei Unternehmen und Vermögensbesitzern eine Deklaration ihrer Einkünfte beim Finanzamt zur Grundlage der Steuererhebung gemacht wird. Bei der zweiten Methode gibt es sehr viel mehr Möglichkeiten der Steuervermeidung, wenn nicht Steuer- und Betriebsprüfer der Sache auf den Grund gehen. 2011 wies die Süddeutsche Zeitung darauf hin, dass gerade in Bayern und Baden-Württemberg immer weniger Steuerprüfer unterwegs seien und in Hamburg besonders häufig auf Prüfung der Vermögensmillionäre verzichtet würde. Es fehlten mehr als 3000 Beschäftigte. (SZ, 4.3.2011)

„Ran an die Reichen“

so betitelt DIE ZEIT am 17.10.2013 ihren Artikel, der deutlich macht, dass laut Internationalem Währungsfonds (IWF) die Reichen durch die jetzigen Steuersysteme mehr geschont werden als früher. Nach Schätzungen des IWF liegt der ideale

Spitzensteuersatz bei 55 bis 70%. Noch unter der Regierung Kohl lag der Spitzensteuersatz bei 53%, jetzt sind wir inklusive der Reichensteuer (45% ab einem Einkommen von ca. 250 000 Euro) bei 45% gelandet. Wenn die GEW in ihrem Steuerkonzept einen Spitzensteuersatz von 53% fordert, der erst ab einem zu versteuernden Einkommen von ca. 70 000 Euro jährlich gilt und alle anderen darunter entlastet werden, so bewegt sie sich also nicht in utopischen Regionen.

Intelligente Steuererhöhungen können so langfristig zu einem Abbau der Schulden und zu ausreichenden Mitteln für die öffentlichen Aufgaben führen. Wenn der Zugang zu guter Bildung für alle gesichert werden soll, so ist hier der Staat gefordert. Sozialausgaben und Bildungsfinanzierung sind keine „Übel“, sondern dienen der Attraktivität und Zukunftsfähigkeit eines Landes.

Große Koalition – was haben wir zu erwarten?

Sollte es zu einer Großen Koalition kommen, muss stark bezweifelt werden, dass es tatsächlich zu einer Umsteuerung in der Steuerpolitik und damit zu mehr Mitteln für die Bildungsfinanzierung kommt. In dem 10-Punkte-Plan der SPD für die Koalitionsverhandlungen mit der CDU findet man die Forderungen nach einer gerechteren Bildung an achter Stelle. Die Forderung nach einer Steuererhöhung findet sich nicht in diesem 10-Punkte-Plan. Die Parteispitzen Andrea Nahles und Sigmar Gabriel bemühen sich zwar zu versichern, dass diese Forderung nicht vom Tisch sei, über eine Finanzierung ihrer Forderungen müsse später gesprochen werden. Doch eine grundsätzliche Wende, die die Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich verkleinern könnte, ist so nicht einzuleiten.

ANJA BENSINGER-STOLZE
Vorsitzende der GEW Hamburg